

DIRK WIEGANDT

Bindungswirkung
kartellbehördlicher
Entscheidungen
im Zivilprozess

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

403

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

403

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:
Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Dirk Wiegandt

Bindungswirkung
kartellbehördlicher Entscheidungen
im Zivilprozess

Zur Verzahnung von
Kartellverwaltungs- und Kartellprivatrecht

Mohr Siebeck

Dirk Wiegandt, geboren 1984; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, Genf und Cambridge (LL.M.); Referendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht; Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg; 2017 Promotion; Rechtsanwalt in Hamburg.

ISBN 978-3-16-155918-1 / eISBN 978-3-16-155919-8

DOI 10.1628/978-3-16-155919-8

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg im Herbst 2017 als Dissertation angenommen. Entstanden ist sie während meiner Zeit als wissenschaftlicher Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg. Rechtsprechung und Literatur befinden sich weitgehend auf dem Stand März 2018.

Zum Gelingen der Arbeit haben viele beigetragen. Ihnen allen bin ich dankbar. Mein besonderer Dank gilt allen voran meinem verehrten Doktorvater Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Basedow*. Er hat die Arbeit nicht nur thematisch angeregt und betreut. Als seinem wissenschaftlichen Assistenten am Hamburger Max-Planck-Institut hat er mir auch alle erdenklichen Freiheiten zum eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten gegeben und war mir dabei mit seiner Offenheit, seiner wissenschaftlichen Neugier und seiner Effizienz stets Vorbild. Zu Dank verpflichtet bin ich ferner Herrn *Prof. Dr. Reinhard Ellger*, der das Zweitgutachten zügig erstellt hat. Den Herren *Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann* und *Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer* danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Am Hamburger Max-Planck-Institut durfte ich nicht nur von Forschungsbedingungen profitieren, wie sie besser nicht hätten sein können, sondern auch viele Menschen kennenlernen, die mich während der Zeit meiner Dissertation eng begleitet und mit ihrer Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft wie auch mit ihrem Zuspruch zum Gelingen der Arbeit beigetragen haben. Namentlich hervorheben möchte ich *Dr. Konrad Duden*, *Dr. Andreas Engel*, *Jakob Gleim*, *Dr. Sebastian Gößling*, *Nina Marie Güttler*, *Eike Götz Hosemann*, *Felix Jaeger*, *Dr. Jakob Schemmel*, *Jennifer Trinks*, *Dr. Oliver Unger* und *Dr. Denise Wiedemann*. *Janina Jentz* danke ich für die Hilfe bei der Drucklegung des Manuskripts.

Die Mühen des Korrekturlesens haben *Dr. Marie Ackermann* und mein Vater *Karl Rudolf Wiegandt* auf sich genommen. Nicht nur dafür bin ich ihnen zu tiefstem Dank verpflichtet. Meiner Freundin danke ich vor allem für ihre moralische Unterstützung und ihren bedingungslosen Zuspruch. Den allergrößten Dank schulde ich schließlich auch meinen Eltern, die mich in allen Phasen meiner Ausbildung unterstützt haben. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Hamburg, im März 2018

Dirk Wiegandt

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung.....	1
A. Anlass der Untersuchung	1
B. Gegenstand und Ziel der Untersuchung.....	3
C. Gang der Darstellung	4
Kapitel 1 – Grundlagen.....	7
A. Zweispurigkeit der Kartellrechtsdurchsetzung in Europa	7
B. Genese der zweispurigen Kartellrechtsdurchsetzung in Europa.....	67
C. Verhältnis von behördlicher und privater Kartellrechtsdurchsetzung.....	82
Kapitel 2 – Voraussetzungen und Anwendungsbereich der Bindungswirkung	107
A. Adressaten	110
B. Voraussetzungen und Anwendungsbereich in sachlicher Hinsicht	114
C. Anwendungsbereich in persönlicher Hinsicht	168
D. Anwendungsbereich in zeitlicher Hinsicht	176
E. Anwendungsbereich in räumlicher Hinsicht.....	180

Kapitel 3 – Rechtsfolgen der Bindungswirkung.....	185
A. Bindungswirkung nach § 33b GWB.....	185
B. Bloße <i>prima facie</i> -Beweiswirkung ausländischer Entscheidungen im Recht anderer Mitgliedstaaten.....	250
 Kapitel 4 – Rückwirkungen auf und Schlussfolgerungen für die behördliche Durchsetzungsspur.....	259
A. Veröffentlichungspraxis der Wettbewerbsbehörden.....	259
B. Entscheidungspraxis der Wettbewerbsbehörden.....	263
C. Territoriale Reichweite und gegenseitige Anerkennung der Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden.....	269
 Zusammenfassung.....	275
 Literaturverzeichnis.....	281
Rechtsprechungsverzeichnis.....	319
Sachverzeichnis.....	329

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung.....	1
A. Anlass der Untersuchung	1
B. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	3
C. Gang der Darstellung	4
Kapitel 1 – Grundlagen	7
A. Zweispurigkeit der Kartellrechtsdurchsetzung in Europa.....	7
I. Behördliche Durchsetzung (<i>public enforcement</i>).....	8
1. Durchsetzung durch die Europäische Kommission	10
a) Internationale Zuständigkeit	11
b) Durchsetzungsinstrumentarium	12
aa) Entscheidungstypen	12
bb) Sanktionstypen	20
2. Durchsetzung durch die nationalen Wettbewerbsbehörden	21
a) Internationale Zuständigkeit	25
aa) Bedeutung des Auswirkungsprinzips	26
bb) Fallallokation im Europäischen Wettbewerbsnetz.....	29
cc) Territoriale Reichweite der Entscheidungs- und Sanktionszuständigkeit	33
b) Durchsetzungsinstrumentarium	36
aa) Entscheidungstypen	36
bb) Sanktionstypen	38
II. Private Durchsetzung (<i>private enforcement</i>)	38
1. Dezentrale Anwendung der europäischen Wettbewerbsregeln durch die nationalen Zivilgerichte	41

a)	Unmittelbare Wirkung und individualschützender Charakter der europäischen Wettbewerbsregeln	42
b)	Grundsatz der Verfahrensautonomie unter dem Vorbehalt der Äquivalenz und Effektivität.....	44
aa)	Anforderungen des Äquivalenzgrundsatzes	45
bb)	Anforderungen des Effektivitätsgrundsatzes	47
2.	Erscheinungsformen	51
a)	Defensive und offensive Geltendmachung.....	52
b)	Initiativ- und Folgeklagen	53
3.	Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht	56
a)	Internationale Zuständigkeit	57
b)	Anwendbares Recht.....	64
<i>B.</i>	<i>Genese der zweispurigen Kartellrechtsdurchsetzung in Europa</i>	67
I.	Traditionelles Primat der behördlichen Durchsetzung	68
II.	Impulse für die Belebung der privaten Durchsetzung	70
1.	Dezentralisierung der Kartellrechtsanwendung	70
2.	Die EuGH-Urteile <i>Courage</i> und <i>Manfredi</i>	72
3.	Weitere Impulse	73
III.	Gesetzgeberische Folgemaßnahmen zur Effektivierung der privaten Durchsetzung	74
1.	Gesetzgeberische Maßnahmen auf nationaler Ebene.....	74
2.	Gesetzgeberische Maßnahmen auf europäischer Ebene: Der Weg zur Kartellschadensersatzrichtlinie 2014/104/EU.....	77
<i>C.</i>	<i>Verhältnis von behördlicher und privater Kartellrechtsdurchsetzung</i>	82
I.	Ausgangslage.....	82
1.	Unabhängigkeit der Durchsetzungsspuren	82
2.	Wechselwirkungen	85
II.	Verzahnung der Durchsetzungsspuren mittels Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess	88
1.	Bindungswirkung von Kommissionsentscheidungen als Mittel zur Sicherung einer kohärenten Anwendung der europäischen Wettbewerbsregeln	89
2.	Bindungswirkung von Entscheidungen nationaler Wettbewerbsbehörden als Antwort auf zivilprozessuale Hürden beim Nachweis eines Wettbewerbsverstoßes.....	91
a)	Zivilprozessuale Hürden beim Nachweis eines Verstoßes	93
aa)	Aus der Darlegungslast resultierende Hürden	93
bb)	Aus der Beweislast resultierende Hürden.....	97

cc) Insbesondere: Nachweis eines Verstoßes im <i>more economic approach</i>	100
b) Fruchtbarmachung kartellbehördlicher Entscheidungen in der <i>follow on</i> -Situation.....	104
3. Fazit	105

Kapitel 2 – Voraussetzungen und Anwendungsbereich der Bindungswirkung

A. Adressaten	110
I. Private Schiedsgerichte	111
II. Zwischenergebnis	114
B. Voraussetzungen und Anwendungsbereich in sachlicher Hinsicht.....	114
I. Erfasste Entscheidungsstellen	114
1. Nationale Wettbewerbsbehörden	114
2. Nationale Gerichte.....	118
II. Erfasste Entscheidungen	121
1. Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden.....	121
a) Allgemeine Anforderungen	121
aa) Feststellung eines Verstoßes	121
bb) Verstoß gegen Art. 101 oder 102 AEUV oder parallel anwendbares nationales Wettbewerbsrecht	122
cc) Abschließende Prüfung und Bewertung des Verstoßes.....	126
b) Erfasste Entscheidungstypen	127
aa) Vorfrage: Art. 5 VO Nr. 1/2003 als Ermächtigungsgrundlage?.....	127
(1) Das EuGH-Urteil in der Sache <i>Tele2 Polska</i>	128
(2) Stellungnahme.....	129
bb) Entscheidungstypen der nationalen Wettbewerbsbehörden im Einzelnen	134
(1) Abstellungsentscheidungen und isolierte Feststellungsentscheidungen.....	134
(2) Anordnung einstweiliger Maßnahmen	138
(3) Annahme von Verpflichtungszusagen	141
(4) Bußgeldentscheidungen und sonstige im innerstaatlichen Recht vorgesehene Sanktionsentscheidungen.....	145
(5) Einstellungsentscheidungen.....	148
(6) Entscheidungen über den Entzug des Rechtsvorteils einer Gruppenfreistellungsverordnung.....	149

cc)	Zusammenfassung	151
c)	Voraussetzungen für den Eintritt der Bindungswirkung	151
aa)	Wirksamkeit der kartellbehördlichen Entscheidung	151
bb)	Bestandskraft der kartellbehördlichen Entscheidung	154
cc)	Verfahrensaussetzung bei noch fehlender Bestandskraft?	157
2.	Entscheidungen der nationalen Gerichte	159
a)	Anwendungskonstellationen	159
aa)	Unzulässigkeit der gerichtlichen Anfechtung	160
bb)	Aufhebung der kartellbehördlichen Entscheidung	160
cc)	Bestätigung der kartellbehördlichen Entscheidung	160
dd)	Feststellung der Rechtmäßigkeit einer bereits erledigten kartellbehördlichen Entscheidung	162
b)	Rechtskraft als Erfordernis für den Eintritt der Bindungswirkung	163
III.	Erfordernis der Sachverhaltsidentität	164
IV.	Erfasste Kartellzivilverfahren	165
1.	Beschränkung auf den Schadensersatzprozess	165
2.	Analoge Anwendung in anderen Kartellzivilverfahren?	167
<i>C.</i>	<i>Anwendungsbereich in persönlicher Hinsicht</i>	168
I.	Beschränkung auf am behördlichen Kartellverfahren beteiligte Beklagte	169
II.	Bindung von Kronzeugen	171
III.	Bußgeldbescheid gegenüber einer Muttergesellschaft für den Verstoß einer Tochtergesellschaft	173
1.	Diskussion um eine kartellzivilrechtliche Konzernhaftung	174
2.	Folgen der Bindungswirkung eines Bußgeldbescheides gegenüber der Konzernmuttergesellschaft	175
<i>D.</i>	<i>Anwendungsbereich in zeitlicher Hinsicht</i>	176
I.	Intertemporaler Anwendungsbereich	176
II.	Zeitliche Dimension des festgestellten Verstoßes	178
<i>E.</i>	<i>Anwendungsbereich in räumlicher Hinsicht</i>	180

Kapitel 3 – Rechtsfolgen der Bindungswirkung.....	185
<i>A. Bindungswirkung nach § 33b GWB.....</i>	<i>185</i>
I. Tatbestandswirkung oder Feststellungswirkung?	185
1. Begriffsbestimmungen.....	187
a) Tatbestandswirkung	187
aa) Tatbestandswirkung im engeren Sinn.....	188
bb) Tatbestandswirkung im weiteren Sinn	189
b) Feststellungswirkung.....	192
aa) Feststellungswirkung im Sinne der Zivilprozesslehre	192
bb) Feststellungswirkung im Sinne der Verwaltungsrechtslehre.....	193
2. Auslegung des § 33b GWB im Lichte von Art. 9 Abs. 1 Kartellschadensersatzrichtlinie	194
a) Kein Fall der Tatbestandswirkung im engeren Sinn.....	194
b) Kein Fall der Tatbestandswirkung im weiteren Sinn	194
c) Ergebnis: § 33b GWB als Anordnung einer Feststellungswirkung.....	197
3. Beschränkung der Feststellungswirkung auf den Kartellrechtsverstoß.....	198
a) Grenzziehung zwischen bindungsfähigen und nicht bindungsfähigen Entscheidungsinhalten	200
aa) Marktabgrenzung.....	200
bb) Betroffenheit.....	202
cc) Verschulden.....	204
b) Zusammenfassung.....	205
II. Folgen für den Zivilprozess	206
1. Berücksichtigung von Amts wegen.....	206
2. Entfallen der Darlegungs- und Beweisbedürftigkeit des Kartellrechtsverstoßes	208
3. Entzug der richterlichen Kompetenz zur selbstständigen Beurteilung der Kartellrechtswidrigkeit	209
4. Zusammenfassung	210
III. Qualifikation.....	210
IV. Rechtsstaatliche Bedenken.....	216
1. Grundsatz der Gewaltenteilung und der richterlichen Unabhängigkeit	216
a) Grundlagen und Gewährleistungsgehalt	217
b) Vereinbarkeit	219
2. Gebot effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes und Anspruch auf rechtliches Gehör.....	223
a) Grundlagen und Gewährleistungsgehalt	224

b) Vereinbarkeit	227
V. Besonderheiten der Feststellungswirkung von Entscheidungen anderer Wettbewerbsbehörden	230
1. Anerkennungspflicht bereits nach dem <i>acquis communautaire</i> ?	231
a) Herleitung aus dem Primärrecht	232
b) Herleitung aus dem Sekundärrecht	234
c) Zwischenergebnis.....	237
2. Erfordernis und Zulässigkeit eines immanenten Anerkennungsvorbehalts	237
VI. Möglichkeit der Vorlage an den EuGH nach Art. 267 AEUV	243
1. Keine Überprüfung der Gültigkeit der Entscheidung durch den Gerichtshof.....	244
2. Beschränkung der Vorabentscheidung auf die abstrakte Auslegung des Unionsrechts.....	245
3. Abweichungsmöglichkeit infolge einer Vorabentscheidung durch den EuGH.....	245
4. Keine Beschränkung der gerichtlichen Vorlagekompetenz durch die Grundsätze der <i>TWD</i> -Rechtsprechung.....	249
 B. <i>Bloße prima facie</i> -Beweiswirkung ausländischer <i>Entscheidungen im Recht anderer Mitgliedstaaten</i>	250
I. Mindestvorgabe des Art. 9 Abs. 2 Kartellschadensersatzrichtlinie	251
II. Qualifikation.....	254
III. Eingeschränkter Harmonisierungseffekt und <i>forum shopping</i>	256
IV. Zusammenfassung.....	258
 Kapitel 4 – Rückwirkungen auf und Schlussfolgerungen für die behördliche Durchsetzungsspur.....	259
 A. <i>Veröffentlichungspraxis der Wettbewerbsbehörden</i>	259
B. <i>Entscheidungspraxis der Wettbewerbsbehörden</i>	263
I. Feststellungsentscheidungen	263
II. Entscheidungen über die Annahme von Verpflichtungszusagen.....	266
 C. <i>Territoriale Reichweite und gegenseitige Anerkennung der Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden</i>	269
I. Grenzüberschreitende Entscheidungs- und Sanktionszuständigkeit.....	269
II. System gegenseitiger Anerkennung	272

Zusammenfassung	275
<i>A. Grundlagen</i>	<i>275</i>
<i>B. Voraussetzungen und Anwendungsbereich der Bindungswirkung</i>	<i>276</i>
<i>C. Rechtsfolgen der Bindungswirkung</i>	<i>278</i>
<i>D. Rückwirkungen auf und Schlussfolgerungen für die behördliche Durchsetzungsspur</i>	<i>279</i>
Literaturverzeichnis.....	281
Rechtsprechungsverzeichnis	319
Sachverzeichnis	329

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.F.	alter Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft/Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
Am. J. Int'l L.	American Journal of International Law
Antitrust L.J.	Antitrust Law Journal
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
Civ. Just. Q.	Civil Justice Quarterly
CML Rev.	Common Market Law Review
DB	Der Betrieb
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E.C.L.R.	European Competition Law Review
E.L. Rev.	European Law Review
EBOR	European Business Organization Law Review
ECLI	European Case Law Identifier
ECN	European Competition Network
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ERCL	European Review of Contract Law

EuG	Gericht der Europäischen Union (früher: Gericht Erster Instanz)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht
EuR-Bei	Europarecht Beiheft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f./ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FIW	Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb
Fn.	Fußnote
G.C.L.R.	Global Competition Litigation Review
GA	Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof
Geo. L.J.	Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungs-Report
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Halbs.	Halbsatz
Hrsg.	Herausgeber
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
Int'l Law.	International Lawyer
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JBf	Juristische Blätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht
KommJur	Kommunaljurist
L.M.C.L.Q.	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)

LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
Loy. Consumer L. Rev.	Loyola Consumer Law Review
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MüKo	Münchener Kommentar
n.v.	nicht veröffentlicht
N°	Numéro (Nummer)
NCA	National Competition Authority
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift, Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
ÖZöR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift fuer ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Recueil des Cours
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Satz; Seite(n)
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
sog.	sogenannte(r/n)
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
Tex. Int'l. L.J.	Texas International Law Journal
u.a.	und andere
U.S.	United States
U.S.C.	United States Code
UAbs.	Unterabsatz
USA	United States of America
Utah L. Rev.	Utah Law Review
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
verb.	verbundene
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

XX

Abkürzungsverzeichnis

WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP Int.	Zeitschrift für Zivilprozess International
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Wegen aller weiteren gängigen juristischen Abkürzungen wird verwiesen auf *Kirchner, Hildebert*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 8. Aufl., Berlin 2015.

Einführung

A. Anlass der Untersuchung

Weit mehr als ein Jahrzehnt nach dem wegweisenden Diktum des Europäischen Gerichtshofs in der Sache *Courage* aus dem Jahr 2001, wonach die praktische Wirksamkeit des europäischen Kartellverbots beeinträchtigt wäre, wenn nicht jedermann Ersatz des Schadens verlangen könnte, der ihm durch wettbewerbsbeschränkendes Verhalten entstanden ist,¹ und einem durch die Verordnung Nr. 1/2003² herbeigeführten „Paradigmenwechsel im europäischen Durchsetzungsregime“³ wurde am 26. November 2014 die Kartellschadensersatzrichtlinie erlassen.⁴ Mit der Richtlinie soll die Durchsetzung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche gestärkt und das Zusammenspiel von behördlicher und privater Durchsetzung koordiniert werden.⁵ Bereits vor ihrem Erlass haben kartellrechtliche Schadensersatzklagen in der Europäischen Union in den letzten Jahren signifikant zugenommen,⁶ gerade im Anschluss an kartellbehördliche Verfahren als sog. *follow on*-Schadensersatzklagen.⁷

¹ EuGH 20.9.2001, Rs. C-453/99, *Courage und Crehan*, EU:C:2001:465, Rn. 26.

² Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln, ABl. 2003 L 1, 1 (Kartellverfahrensverordnung).

³ *Zimmer/Logemann*, ZEuP 2009, 489 (490).

⁴ Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, ABl. 2014 L 349, 1 (Kartellschadensersatzrichtlinie).

⁵ Zu dieser doppelten Zielsetzung nur *Schweitzer*, NZKart 2014, 335 (335).

⁶ Siehe etwa die empirische Bestandsaufnahme bei *Rodger*, *Competition Law, Comparative Private Enforcement and Collective Redress across the EU*, 2014, 85 ff., 121 ff.

⁷ Hier seien nur für Deutschland beispielhaft die *follow on*-Schadensersatzverfahren genannt im Zusammenhang mit dem Selbstdurchschreibepapier-Kartell (LG Mannheim 29.4.2005, 22 O 74/04 Kart, EWiR 2007, 659; OLG Karlsruhe 11.6.2010, 6 U 118/05, juris; BGH 28.6.2011, KZR 75/10, NJW 2012, 928 – *ORWI*), mit dem Zementkartell (LG Düsseldorf 21.2.2007, 34 O (Kart) 147/05, BB 2007, 847; OLG Düsseldorf 14.5.2008, VI-U (Kart) 14/07, WuW 2008, 845; BGH 7.4.2009, KZR 42/08, GRUR-RR 2009, 319; LG Düsseldorf 17.12.2013, 37 O 200/09 (Kart), NZKart 2014, 75; OLG Düsseldorf 18.2.2015, VI-U (Kart) 3/14, NZKart 2015, 201; LG Mannheim 24.1.2017, 2 O 195/15, juris), mit

Ein zentrales Instrument, um kartellrechtliche Schadensersatzklagen zu erleichtern, ist die Verankerung einer Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess, die mit der vorliegenden Arbeit in den Blick genommen werden soll. Der Nachweis des Kartellrechtsverstößes bildet einen neuralgischen Punkt bei der Durchsetzung kartellrechtlicher Schadensersatzansprüche.⁸ Der durch den Beibringungsgrundsatz geprägte Zivilprozess erweist sich insofern gegenüber dem kartellbehördlichen Verfahren, das den Wettbewerbsbehörden weitreichende Ermittlungsbefugnisse an die Hand reicht, als strukturell unterlegen.⁹ Die Bindungswirkung schafft hier Abhilfe, indem sie den Kläger vom Nachweis des Kartellrechtsverstößes befreit.

Eine Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen wurde in Deutschland erstmals im Zuge der 7. GWB-Novelle eingeführt.¹⁰ Bis dahin ging eine entsprechende Bindungswirkung nach Art. 16 Abs. 1 VO Nr. 1/2003, mit dem die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in der Sache *Masterfoods* in Gesetzesform gegossen worden war,¹¹ allein von Entscheidungen der Europäischen Kommission aus. Mit der Kartellschadensersatzrichtlinie ist nun erstmals unionsweit eine Bindungswirkung von Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden im Zivilprozess zu gewährleisten.¹² Angesichts der deutlichen Verlagerung der behördlichen

dem Berliner Transportbeton-Kartell (LG Berlin 23.5.2003, 102 O 129/02 Kart, juris; KG Berlin 1.10.2009, 2 U 10/03, WuW 2010, 189; BGH 8.6.2010, KZR 45/09, juris), mit dem Feuerwehrfahrzeug-Kartell (LG Mannheim 4.5.2012, 7 O 436/11 Kart, WuW 2012, 616; OLG Karlsruhe 31.7.2013, 6 U 51/12 (Kart), juris), mit dem Wasserstoffperoxid-Kartell (LG Dortmund 29.4.2013, 13 O (Kart) 23/09, GRUR Int 2013, 842, Vorabentscheidungsersuchen zum EuGH, daraufhin EuGH 21.5.2015, Rs. C-352/13, *CDC Hydrogen Peroxide*, EU:C:2015:335), mit dem Boykottauf Ruf des Lottoblocks gegen gewerbliche Spielvermittler (LG Dortmund 24.4.2012, 25 O 5/11, juris; OLG Düsseldorf 9.4.2014, VI-U (Kart) 10/12, juris; BGH 12.7.2016, KZR 25/14, juris – *Lottoblock II*) und mit dem LKW-Kartell (LG Hannover 18.12.2017, 18 O 8/17, juris); zu den Klagen gegen das deutsche Zuckerkartell siehe etwa die Berichterstattung des Handelsblatts vom 23.8.2016, abrufbar unter: <<http://www.handelsblatt.com/my/unternehmen/handel-konsumgueter/zuckerkartell-die-klagewelle-rollt-weiter/14446178.html>>.

⁸ Statt vieler *Basedow*, EBOR 2001, 443 (462 f.); *Milutinović*, The ‘right to damages’ under EU competition law, 2010, 244.

⁹ *Hirsch*, ZWeR 2003, 233 (243); *Sanner*, Informationsgewinnung, 2014, 148.

¹⁰ Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen v. 7.7.2005, BGB1. I 2005, 1954.

¹¹ In der Sache *Masterfoods* hat der EuGH entschieden, dass die nationalen Gerichte, wenn sie über Vereinbarungen oder Verhaltensweisen befinden, die bereits Gegenstand einer Kommissionsentscheidung sind, keine Entscheidungen erlassen dürfen, die dieser zuwiderlaufen, EuGH 14.12.2000, Rs. C-344/98, *Masterfoods*, EU:C:2000:689, Rn. 52.

¹² Art. 9 Kartellschadensersatzrichtlinie; anders als die deutsche Vorgängerregelung (§ 33 Abs. 4 GWB a.F.) wie auch nunmehr § 33b GWB verpflichtet Art. 9 Abs. 2 der Richtlinie allerdings lediglich dazu, Entscheidungen der Wettbewerbsbehörden anderer Mitgliedstaaten als Grundlage eines *prima facie*-Beweises für einen Verstoß zuzulassen.

Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln auf die mitgliedstaatliche Ebene und die nationalen Wettbewerbsbehörden unter der Kartellverfahrensverordnung Nr. 1/2003¹³ ist dieser Reformschritt in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Nach dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten soll die Arbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden noch effektiver ausgestaltet werden,¹⁴ sodass die Rolle der nationalen Wettbewerbsbehörden für die Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln zukünftig an Bedeutung noch gewinnen könnte.

B. Gegenstand und Ziel der Untersuchung

Wenn auch der Anlass der Untersuchung ein aktueller ist, so liegt ihr im Kern doch ein altbekanntes Thema zugrunde: Das Verhältnis von öffentlichem (Kartellverwaltungs-)Recht und (Kartell-)Privatrecht. Die herkömmliche Grenzziehung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht,¹⁵ die mitunter „einem Äquator ähnelt, der die juristische Welt in zwei Hemisphären aufteilt“¹⁶ bedeutet nicht, dass beide Teilrechtsordnungen beziehungslos nebeneinander stehen. Öffentliches Recht und Privatrecht sind vielmehr vielfach miteinander verwoben und beeinflussen sich wechselseitig.¹⁷ Gerade die für das Wirtschaftsrecht charakteristische Gemengelage von behördlichen und privatrechtlichen Verfahren und Sanktionen bedingt vielfach wechselseitige Abhängigkeiten.¹⁸ Im Kartellrecht sind beide Teilrechtsordnungen traditionell

¹³ *Whish/Bailey*, CML Rev. 47 (2010), 1757 (1763); *Laitenberger*, EuZW 2016, 81 (81); siehe auch die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat, Zehn Jahre Kartellrechtsdurchsetzung auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 – Ergebnisse und Ausblick, COM(2014) 453 final, Rn. 8; hiernach ergingen von insgesamt 787 Fällen im Zeitraum vom 1.5.2004 bis zum 31.12.2013, in denen die europäischen Wettbewerbsregeln angewandt wurden, 665 Entscheidungen durch die nationalen Wettbewerbsbehörden und „nur“ 122 durch die Europäische Kommission.

¹⁴ Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts, COM(2017) 142 final.

¹⁵ Dazu etwa *Molitor*, Über öffentliches Recht und Privatrecht, 1949, *passim*; *Schöne*, Privatrecht und öffentliches Recht, 1955, *passim*; *Bullinger*, Öffentliches Recht und Privatrecht, 1968, *passim*; *D. Schmidt*, Die Unterscheidung von privatem und öffentlichem Recht, 1985, *passim*.

¹⁶ *Basedow*, JuS 2004, 89 (89).

¹⁷ Dazu etwa *Schmidt-Aßmann*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, 1996, 7 (23); *Trute*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, 1996, 167 (175 ff.).

¹⁸ Vgl. nur *Poelzig*, Normdurchsetzung durch Privatrecht, 2012, 567.

ganz besonders eng miteinander verwoben.¹⁹ Davon legt die hier in den Blick genommene Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess ein besonders eindringliches Zeugnis ab.

Dem Vorgesagten entsprechend hat die vorliegende Arbeit gleichermaßen das Kartellverwaltungs- wie das Kartellprivatrecht zum Gegenstand, werden beide durch das Instrument der Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess doch gleichsam miteinander verzahnt. Im Zentrum der Arbeit stehen verfahrensrechtliche Aspekte, und zwar sowohl zivilverfahrens- wie kartellverfahrensrechtlicher Art. Das materielle Kartellrecht²⁰ wird nur dort näher in den Blick genommen, wo es für die vornehmlich verfahrensrechtlichen Fragen der Bindungswirkung relevant wird. Die Untersuchung hat die Bindungswirkung der Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden zum Gegenstand, auf die Bindung der mitgliedstaatlichen Gerichte an Entscheidungen der Kommission wird nur dort näher eingegangen, wo ein vergleichender Blick wertvoll erscheint.

Die vorliegende Untersuchung setzt sich zweierlei zum Ziel: Das Instrument der Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen soll hinsichtlich seiner Voraussetzungen, seines Anwendungsbereichs und seiner Rechtsfolgen durchleuchtet werden. Darüber hinaus unternimmt es die Arbeit, die Bindungswirkung in den breiteren Kontext des zweispurigen Regimes zur Durchsetzung des europäischen Kartellrechts einzubetten. Insbesondere sollen Rückwirkungen auf und Schlussfolgerungen für die behördliche Durchsetzung herausgearbeitet werden. Hierzu wird der im folgenden Abschnitt skizzierte Gang der Darstellung gewählt.

C. Gang der Darstellung

Die Arbeit gliedert sich in vier Kapitel. Das erste Kapitel widmet sich den Grundlagen. Behandelt wird zunächst das zweispurige Regime, mit dem das Kartellrecht in Europa durchgesetzt werden kann, nämlich zum einen im Wege der behördlichen Durchsetzung durch die Europäische Kommission und die nationalen Wettbewerbsbehörden und zum anderen im Wege der privaten Durchsetzung mit den Mitteln des Zivilrechts (Teil A). Nach einem Überblick über die Entwicklungslinien dieses zweispurigen Durchsetzungsregimes (Teil B) wird das gegenwärtige Verhältnis von behördlicher und privater Durchsetzung untersucht, in dem das Instrument der Bindungswirkung

¹⁹ Siehe dazu nur *K. Schmidt*, Kartellverfahrensrecht – Kartellverwaltungsrecht – Bürgerliches Recht, 1977, 88 ff.; *Trute*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, 1996, 167 (193); vgl. auch *Mestmäcker*, AcP 168 (1968), 235 (235 ff.).

²⁰ Die Begriffe Kartellrecht und Wettbewerbsrecht werden im Folgenden als Synonyme verwendet.

kartellbehördlicher Entscheidungen im Zivilprozess eine Verzahnung bewirkt und damit die Unabhängigkeit der Durchsetzungsspuren durchbricht (Teil C).

Gegenstand des zweiten Kapitels sind die Voraussetzungen und der Anwendungsbereich der Bindungswirkung. Neben der vorgelagerten Frage, wer überhaupt Adressat der Bindungswirkung ist (Teil A), werden zunächst die Voraussetzungen und der Anwendungsbereich der Bindungswirkung in sachlicher Hinsicht beleuchtet (Teil B), wobei insbesondere auf die Frage eingegangen wird, welche Entscheidungen eine Bindungswirkung im Zivilprozess entfalten können; sodann wird der Anwendungsbereich der Bindungswirkung in persönlicher (Teil C), zeitlicher (Teil D) sowie räumlicher Hinsicht (Teil E) untersucht.

Das dritte Kapitel fragt nach den Rechtsfolgen der Bindungswirkung. Zunächst wird die unwiderlegbare Bindung der Zivilgerichte an Entscheidungen der nationalen Wettbewerbsbehörden behandelt, wie sie § 33b GWB unterschiedslos in Bezug auf die Entscheidungen der eigenen wie auch in Bezug auf Entscheidungen anderer mitgliedstaatlicher Wettbewerbsbehörden anordnet (Teil A). Dem getrennten Regelungsansatz der Kartellschadensersatzrichtlinie folgend, soll im Anschluss die nach Art. 9 Abs. 2 der Richtlinie mögliche Zulassung von Entscheidungen der Wettbewerbsbehörden *anderer* Mitgliedstaaten als „bloßen“ *prima facie*-Beweis für einen Wettbewerbsverstoß behandelt werden, wie sie im Recht der ganz überwiegenden Anzahl der Mitgliedstaaten verankert wurde (Teil B).

Das vierte Kapitel fragt nach den Rückwirkungen auf und Schlussfolgerungen für die behördliche Durchsetzungsspur. Es verändert damit im Verhältnis zu den in den beiden vorangegangenen Kapiteln behandelten Fragen gewissermaßen die Blickrichtung um 180°: Stand in den vorangegangenen Kapiteln die Einwirkung der behördlichen auf die private Durchsetzungsspur im Wege der Bindungswirkung im Blickfeld, wird hier umgekehrt danach gefragt, wie die Bindungswirkung im Zivilprozess ihrerseits auf die behördliche Durchsetzung zurückwirkt. Neben der Frage der Veröffentlichungspraxis der Wettbewerbsbehörden (Teil A), wird eine Rückwirkung auf die Entscheidungspraxis diskutiert, insbesondere auf den Entscheidungstyp der isolierten Feststellungsentscheidung und auf den Entscheidungstyp der Verpflichtungszusage (Teil B). Schließlich werden die territorial beschränkte Reichweite der Entscheidungs- und Sanktionszuständigkeit der nationalen Wettbewerbsbehörden im Europäischen Wettbewerbsnetz sowie das Fehlen eines echten Systems gegenseitiger Anerkennung problematisiert und gesetzgeberische Folgemaßnahmen erwogen (Teil C).

Im abschließenden Teil werden die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst.

Kapitel 1

Grundlagen

A. Zweispurigkeit der Kartellrechtsdurchsetzung in Europa

Das Kartellrecht dient der Sicherung des Wettbewerbs als rechtliches Ordnungsprinzip vor Beschränkungen der Marktprozesse.¹ Den Versuchungen der Marktteilnehmer, sich dem unverfälschten Wettbewerbsprozess der Marktwirtschaft durch Kartellbildung, Konzentrations- und Behinderungsstrategien zu entziehen,² sucht es durch vorbeugende Verhinderung und Beseitigung von Wettbewerbsbeschränkungen entgegenzuwirken.³ Seiner verfahrensmäßigen Rechtsdurchsetzung kommt dabei – wenn man in ihr nicht gar generell „die wichtigste unter allen rechtlichen Angelegenheiten“⁴ erblicken will – eine zentrale Rolle zu, hängt doch die praktische Wirksamkeit eines wettbewerbsrechtlichen Systems ganz wesentlich von der Art und Ausgestaltung der seiner Durchsetzung dienenden Verfahrensregelungen ab.⁵

Das Kartellrecht in Europa stützt sich zum Zwecke seiner verfahrensmäßigen Rechtsdurchsetzung auf ein zweispuriges Regime: Neben den Instrumentarien der Europäischen Kommission und der nationalen Wettbewerbsbehörden zur Durchsetzung des Kartellrechts in Form von hoheitlichen Verfügungen und Sanktionen, existiert eine „zweite Spur“ an privatrechtli-

¹ *Rittner/Dreher*, Europäisches und deutsches Wirtschaftsrecht, 3. Aufl. 2008, § 14 Rn. 39; *Mestmäcker/Schweitzer*, Europäisches Wettbewerbsrecht, 3. Aufl. 2014, § 3 Rn. 8 ff.; zur Debatte um den Schutzzweck des europäischen Kartellrechts siehe etwa *Basedow*, WuW 2007, 712 (712 ff.); *Thomas*, JZ 2011, 485 (485 ff.); *Riesenkampff*, in: FS Möschel, 2011, 489 (489 ff.); *Parret*, European Competition Journal 2010, 339 (339 ff.).

² Vgl. zu diesen systemimmanenten Schranken der Marktwirtschaft nur *Franz Böhm*, FAZ Nr. 571 vom 27.5.1961, S. 5: „Wo immer die Gelegenheit sich bietet, den Wettbewerb einzuschränken und eine wirtschaftliche Machtstellung auf einem Markt zu realisieren, da erweist sich die Sünde als süß und die Tugend als bitter.“

³ *Säcker*, in: MüKo KartellR, EuWettbR, 2. Aufl. 2015, Einl. Rn. 2; vgl. auch *Miksch*, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947, 6.

⁴ Vgl. bereits *Immanuel Kant* über die Bedeutung der (prozessualen) Rechtsdurchsetzung *Kant*, Metaphysik der Sitten, 1797, 423.

⁵ *R.A. Posner*, Antitrust law, 2. Aufl. 2001, 266; *Mestmäcker/Schweitzer*, Europäisches Wettbewerbsrecht, 2. Aufl. 2004, § 7 Rn. 5; *Kloub*, European Competition Journal 5 (2009), 515 (519 ff.); *Sanner*, Informationsgewinnung, 2014, 105 f.; *Harnos*, ZWeR 2016, 284 (284).

chen Instrumentarien in Form von Unterlassungs-, Beseitigungs-, Bereicherungs- und Schadensersatzklagen mit denen Verstöße gegen das Kartellrecht vor den nationalen Zivilgerichten geltend gemacht werden können.⁶

I. Behördliche Durchsetzung (*public enforcement*)

Werden Wettbewerbsregeln durch besondere (Wettbewerbs-)Behörden mittels hoheitlicher Verfügungs- und Sanktionsmaßnahmen durchgesetzt, ist von der behördlichen oder öffentlichen Kartellrechtsdurchsetzung (*public enforcement*) die Rede.⁷ Die Wettbewerbsbehörden werden gemeinhin auf Beschwerde hin oder von Amts wegen tätig und sind mit besonderen Ermittlungs-, Entscheidungs- und Sanktionsbefugnissen ausgestattet, um Verstöße effektiv aufdecken, verfolgen und mit Sanktionen belegen zu können. Mit der Verhängung von Sanktionen durch die Wettbewerbsbehörden, insbesondere in Form von Bußgeldern, sollen Verstöße gegen das Kartellrecht geahndet sowie (potentielle) Delinquenten abgeschreckt und damit Wiederholungen von Zuwiderhandlungen verhindert werden.⁸

Die Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln beruht traditionell ganz wesentlich auf den Instrumentarien der behördlichen Durchsetzungs-

⁶ Zur zweispurigen Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln siehe etwa die Schlussanträge von GA'in *Kokott* 30.11.2014 – Rs. C-557/12, *Kone*, EU:C:2014:45, Rn. 59: „Anerkannt ist, dass die Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln auf zwei Standbeinen fußt. Es handelt sich zum einen um die den Wettbewerbsbehörden obliegende öffentliche Durchsetzung mit repressiven Mitteln (auch *public enforcement* genannt) und zum anderen um die auf der Initiative des Einzelnen beruhende private Durchsetzung mit Mitteln des Zivilrechts (auch als *private enforcement* bezeichnet).“ (Hervorhebungen im Original); ferner *Lianos/Davis/Nebbia*, *Damages Claims for the Infringement of EU Competition Law*, 2015, Rn. 7.02 f.; *Mainguy/Depincé*, *Droit de la concurrence*, 2. Aufl. 2015, 334; *Nervi*, *Italian Law Journal* 2 (2016), 131 (134); *Alexander*, *Schadensersatz und Abschöpfung im Lauterkeits- und Kartellrecht*, 2010, 299 f.; *M.-P. Weller*, *ZWeR* 2008, 170 (172 f.); *K. Schmidt*, *AcP* 206 (2006), 169 (173); *Böni*, *EWS* 2014, 324 (324 f.); unterscheidet man weiter zwischen verwaltungsrechtlichen Verfügungen und ordnungs- bzw. strafrechtlichen Sanktionen, kann auch von einem dreispurigen Durchsetzungsregime gesprochen werden, vgl. etwa *Möschel*, in: *FS Bechtold*, 2006, 329 (329); *Möschel*, *WuW* 2007, 483 (484); *Nazzini*, *Concurrent Proceedings in Competition Law*, 2004, Rn. 2.01 ff.; zur Empfehlung der Monopolkommission, schwere Kartellverstöße zu kriminalisieren, *Monopolkommission*, *Sondergutachten 72: Strafrechtliche Sanktionen bei Kartellverstößen*, 2015, Rn. 191 ff.

⁷ Siehe nur die Schlussanträge von GA'in *Kokott* 30.11.2014 – Rs. C-557/12, *Kone*, EU:C:2014:45, Rn. 59.

⁸ *Mestmäcker/Schweitzer*, *Europäisches Wettbewerbsrecht*, 3. Aufl. 2014, § 22 Rn. 8; *Wils*, *World Competition* 32 (2009), 3 (6 ff.); *Wils*, *World Competition* 29 (2006), 183 (185 ff.); *Dunne*, *CML Rev.* 53 (2016), 453 (455); *Sanner*, *Informationsgewinnung*, 2014, 114; *Kominos*, in: *Lowe/Marquis*, 2014, 141 (142 f.); ein durch den Präventionsgedanken geprägtes effektives Sanktionssystem im Kartellrecht verteidigend *Ackermann*, *ZWeR* 2010, 329 (329 ff.); *Ackermann*, *ZWeR* 2012, 3 (3 f.).

spur.⁹ Mit der durch die Kartellverfahrensverordnung Nr. 1/2003 bewirkten Dezentralisierung der europäischen Kartellrechtsanwendung ist in der Europäischen Union ein System paralleler Zuständigkeiten geschaffen worden, in dem die behördliche Durchsetzung der europäischen Wettbewerbsregeln sowohl der Europäischen Kommission¹⁰ als auch den nationalen Wettbewerbsbehörden zugewiesen ist.¹¹ Gemeinsam bilden die Europäische Kommission und die mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden ein Netzwerk an Wettbewerbsbehörden, das Europäische Wettbewerbsnetz (*European Competition Network, ECN*).¹² Das Europäische Wettbewerbsnetz fungiert als Bindeglied zwischen der Europäischen Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden und schafft ein Diskussions- und Kooperationsforum zur bestmöglichen Fallallokation,¹³ zum gegenseitigen Informationsaustausch¹⁴ sowie zur gegenseitigen Amtshilfe bei der Ermittlung von Wettbewerbsverstößen.¹⁵

⁹ Zum traditionellen Primat der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung in Europa *infra* Kapitel 1 B. I.

¹⁰ Innerhalb der Europäischen Kommission ist in erster Linie die weitgehend unabhängige agierende Generaldirektion Wettbewerb zuständig, die als besondere Dienststelle die Kommissionsbeschlüsse im Bereich der Wettbewerbspolitik vorbereitet.

¹¹ Gemäß Art. 4 VO Nr. 1/2003 ist für die Anwendung der in den Art. 101 und 102 AEUV niedergelegten europäischen Wettbewerbsregeln die Europäische Kommission zuständig; daneben besteht nach Art. 5 VO Nr. 1/2003 eine Zuständigkeit der mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden.

¹² Erwägungsgrund 15 Kartellverfahrensverordnung: „Die Kommission und die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten sollen gemeinsam ein Netz von Behörden bilden, die die EG-Wettbewerbsregeln in enger Zusammenarbeit anwenden“; zur Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden siehe Art. 11 bis 14 und 22 VO Nr. 1/2003, die Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission zur Arbeitsweise des Netzes der Wettbewerbsbehörden, 15435/02 ADD 1 (Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission), und insbesondere die Bekanntmachung der Kommission über die Zusammenarbeit innerhalb des Netzes der Wettbewerbsbehörden, ABl. 2004 C 101, 43 (Netzwerk bekanntmachung der Kommission); aus dem Schrifttum zum Europäischen Wettbewerbsnetz eingehend etwa *Oelke*, Das Europäische Wettbewerbsnetz, 2006, *passim*; *Brammer*, Co-operation between National Competition Agencies, 2009, *passim*; *Gerard*, in: Lianos/Geradin, 2013, 181 (181 ff.).

¹³ Näher zur Fallallokation im Europäischen Wettbewerbsnetz *infra* Kapitel 1 A. I. 2. a) bb).

¹⁴ Siehe zum Informationsaustausch unter den Wettbewerbsbehörden im Europäischen Wettbewerbsnetz Art. 12 VO Nr. 1/2003 und im deutschen Recht § 50a GWB; aus dem Schrifttum zum Informationsaustausch *Oelke*, Das Europäische Wettbewerbsnetz, 2006, 186 ff.; *Brammer*, Co-operation between National Competition Agencies, 2009, 231 ff.; *van der Woude*, in: Ehlermann/Atanasiu, 2004, 369 (369 ff.); *Gussone/Michalczyk*, EuZW 2011, 130 (130 ff.).

¹⁵ Siehe zur Amtshilfe im Europäischen Wettbewerbsnetz Art. 22 VO Nr. 1/2003; aus dem Schrifttum hierzu eingehend etwa *Oelke*, Das Europäische Wettbewerbsnetz, 2006, 219 ff.; *Brammer*, Co-operation between National Competition Agencies, 2009, 231 ff.

1. Durchsetzung durch die Europäische Kommission

Das Kartellverwaltungsverfahren der Kommission zur Durchsetzung der in den Art. 101 und 102 AEUV niedergelegten europäischen Wettbewerbsregeln richtet sich maßgeblich nach der Kartellverfahrensverordnung Nr. 1/2003, nach der dazugehörigen Durchführungsverordnung Nr. 773/2004¹⁶ sowie nach zahlreichen Mitteilungen und Bekanntmachungen.¹⁷ Ergänzend gelten die allgemeinen Grundsätze des europäischen Verwaltungsrechts.¹⁸

Ob die Kommission ein Verfahren einleitet und mit einer Entscheidung abschließt, liegt nach dem das Kartellverwaltungsverfahren der Kommission bestimmenden Opportunitätsprinzip in ihrem pflichtgemäßen Ermessen.¹⁹ Wird die Kommission auf eine Beschwerde hin oder von Amts wegen tätig, so obliegen ihr nach dem im Kommissionsverfahren geltenden Untersuchungsgrundsatz die für den Nachweis einer Zuwiderhandlung notwendigen Maßnahmen.²⁰ Hierzu reichen die Art. 17 bis 22 VO Nr. 1/2003 der Kommission sehr weitreichende Ermittlungsbefugnisse an die Hand, die das allgemeine, in Art. 337 AEUV niedergelegte Recht der Kommission konkretisieren, zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben alle erforderlichen Auskünfte einzuholen und alle erforderlichen Nachprüfungen vorzunehmen.²¹ Um die Beachtung

¹⁶ Verordnung (EG) Nr. 773/2004 über die Durchführung von Verfahren auf der Grundlage der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag durch die Kommission, ABl. 2004 L 123, 18.

¹⁷ Nachweise etwa bei *Dieckmann*, in: Wiedemann, Handbuch des Kartellrechts, 3. Aufl. 2016, § 41 Rn. 3 f.; *Ortiz Blanco/Jörgens*, in: Ortiz Blanco, EU Competition Procedure, 3. Aufl. 2013, Rn. 1.08.

¹⁸ *Dreher/Kulka*, Wettbewerbs- und Kartellrecht, 9. Aufl. 2016, § 15 Rn. 1674; eingehend zu den in einer Vielzahl von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs entwickelten allgemeinen Verwaltungsrechtsgrundsätzen *Schwarze*, Europäisches Verwaltungsrecht, 2. Aufl. 2005, *passim*.

¹⁹ Bekanntmachung der Kommission über die Behandlung von Beschwerden durch die Kommission gemäß Artikel 81 und 82 EG-Vertrag, ABl. 2004 C 101, 65 Rn. 41, 53; EuGH 18.10.1979, Rs. C-125/78, *GEMA/Kommission*, EU:C:1979:237, Rn. 17 f.; EuG 18.9.1992, Rs. T-24/90, *Automec II*, EU:T:1992:97, Rn. 75 f.; EuGH 24.10.1996, Rs. C-91/95, *Tremblay u.a.*, EU:C:1996:407, Rn. 30; *Klees*, Europäisches Kartellverfahrensrecht, 2005, § 5 Rn. 2, § 6 Rn. 14; *Wesselburg*, Drittschutz bei Verstößen gegen das Kartellverbot, 2010, 83 f.

²⁰ Siehe nur *Klees*, Europäisches Kartellverfahrensrecht, 2005, § 5 Rn. 2.

²¹ Die in der VO Nr. 1/2003 konkretisierten Ermittlungsbefugnisse der Kommission reichen von der Untersuchung von Wirtschaftszweigen und einzelnen Arten von Vereinbarungen (Art. 17) über Auskunftsverlangen gegenüber Unternehmen und Unternehmensvereinigungen sowie Regierungen und Wettbewerbsbehörden (Art. 18) und der Befragung natürlicher und juristischer Personen (Art. 19) bis hin zu Nachprüfungen in den Räumlichkeiten von Unternehmen und Unternehmensvereinigungen (Art. 20) und in anderen Räumlichkeiten (Art. 21) sowie der Möglichkeit auf Ersuchen Nachprüfungen durch die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten vornehmen zu lassen; einen Überblick über die Ermittlungsbefugnisse der Kommission bietet etwa *de Bronett*, EWS 2011, 8 (8 ff.); einge-

Rechtsprechungsverzeichnis

Deutschland

Bundesverfassungsgericht

BVerfG 17.1.1961, 2 BvL 25/60, NJW 1961, 655	219
BVerfG 25.7.1979, 2 BvR 878/74, NJW 1979, 1925	206
BVerfG 22.3.1983, 2 BvR 475/78, NJW 1983, 2757	212, 241
BVerfG 22.10.1986, 2 BvR 197/83, NJW 1987, 577 – <i>Solange II</i>	220, 242
BVerfG 9.1.1991, 1 BvR 207/87, NJW 1991, 1878	221, 223
BVerfG 29.2.1996, 2 BvR 136/96, NJW 1996, 2149	219
BVerfG 6.10.1999, 1 BvR 2110/93, NJW 2000, 1483	97
BVerfG 7.12.1999, 1 BvR 1281/95, VIZ 2000, 209	221, 223
BVerfG 13.3.2007, 1 BvF 1/05, NVwZ 2007, 937 – <i>Emissionshandel</i>	225
BVerfG 11.3.2008, 1 BvR 256/08, NVwZ 2008, 543 – <i>Vorratsdatenspeicherung</i>	225
BVerfG 24.4.2013, 1 BvR 1215/07, NJW 2013, 1499 – <i>Antiterrordatei</i>	225

Bundesgerichtshof

BGH 19.12.1953, II ZR 27/53, BGHZ 12, 49	96
BGH 30.7.1954, VI ZR 32/53, JZ 1955, 702	214, 255
BGH 14.2.1962, IV ZR 156/61, NJW 1962, 1109	207
BGH 24.6.1965, KZR 7/64, NJW 1965, 2249 – <i>Brotkrieg II</i>	75, 76
BGH 14.11.1968, KVR 1/68, BGHZ 51, 61 – <i>Taxiflug</i>	268
BGH 17.2.1970, III ZR 139/67, BGHZ 53, 245 – <i>Anastasia</i>	98
BGH 27.9.1976, RiZ (R) 3/75, NJW 1977, 437	220
BGH 27.4.1977, VIII ZR 184/75, WM 1977, 793	210
BGH 1.12.1982, VIII ZR 279/81, BGHZ 86, 23	96
BGH 25.10.1983, KVR 8/82, NVwZ 1984, 265 – <i>Internord</i>	268
BGH 27.6.1984, IVb ZR 2/83, NJW 1985, 552	210
BGH 12.7.1984, VII ZR 123/83, JZ 1985, 183	95
BGH 4.10.1984, I ZR 112/82, NJW 1985, 554	252, 254
BGH 9.7.1985, VI ZR 214/83, NJW 1985, 2644	209
BGH 17.3.1987, VI ZR 282/85, BGHZ 100, 190	96
BGH 11.6.1990, II ZR 159/89, NJW 1990, 3151	94
BGH 14.9.1990, RiZ (R) 1/90, NJW 1991, 421	220
BGH 26.2.1991, XI ZR 331/89, NJW 1991, 2014	207
BGH 23.4.1991, X ZR 77/89, NJW 1991, 2707	95
BGH 12.11.1991, KZR 18/90, NJW 1992, 1817 – <i>Anzeigenblatt</i>	97
BGH 14.1.1993, IX ZR 238/91, NJW 1993, 935	98

BGH 24.6.1993, III ZR 43/92, NJW 1993, 3204	207
BGH 14.7.1994, III ZR 174/92, NJW 1994, 2684	177
BGH 26.9.1995, KVR 25/94, NJW 1996, 193 – <i>Stadtgaspreise</i>	163
BGH 11.3.1997, KVZ 22/96, WuW/E BGH 3113 – <i>Rechtsschutz</i> <i>gegen Berufsordnung</i>	269
BGH 13.8.1997, VIII ZR 246/96, NJW-RR 1998, 712	95
BGH 19.6.1998, V ZR 43–97, NJW 1998, 3055	151
BGH 7.12.1998, II ZR 266/97, BGHZ 140, 156	96
BGH 18.1.2000, VI ZR 375/98, NJW 2000, 953	98
BGH 4.7.2000, VI ZR 236/99, NJW 2000, 3286	95
BGH 6.3.2001, KVZ 20/00, ZIP 2001, 807	268
BGH 28.1.2003, VI ZR 139/02, NJW 2003, 1116	98
BGH 25.4.2005, KRB 22/04, juris – <i>Steuerfreie</i> <i>Mehrerlösabschöpfung</i>	86
BGH 14.6.2005, VI ZR 179/04, BGHZ 163, 209	96
BGH 16.1.2008, XII ZR 216/05, NJW 2008, 1227	207
BGH 4.3.2008, KVZ 55/07, WuW/E DE-R 2361	137
BGH 12.6.2008, V ZR 221/07, WM 2008, 2068	95
BGH 14.8.2008, KVR 54/07, juris – <i>Lottoblock I</i>	179
BGH 2.4.2009, V ZR 177/08, NJW-RR 2009, 1236	95
BGH 7.4.2009, KZR 42/08, GRUR-RR 2009, 319	1, 73
BGH 8.6.2010, KZR 45/09, juris	2
BGH 28.6.2011, KZR 75/10, NJW 2012, 928 – <i>ORWI</i>	1, 75, 97, 177
BGH 22.5.2012, XI ZR 290/11, NJW 2012, 2571	167
BGH 16.12.2014, KRB 47/13, NJW 2015, 2198	128, 129, 131, 132
BGH 5.5.2015, XI ZR 406/13, NJW 2015, 2414	167
BGH 12.7.2016, KZR 25/14, juris – <i>Lottoblock II</i>	2, 147, 150, 162, 178, 179, 180, 195, 196, 197, 198, 202

Reichsgericht

RG 19.6.1920, V 82/20, RGZ 99, 221	177
--	-----

Bundesverwaltungsgericht

BVerwG 26.3.1976, IV C 7/74, NJW 1976, 1987	193
BVerwG 8.6.1979, 4 C 23/77, NJW 1980, 1010	193
BVerwG 27.6.1984, 6 C 78/82, NVwZ 1985, 115	191, 194
BVerwG 28.11.1986, 8 C 122-125/84, NVwZ 1987, 496	191, 193
BVerwG 22.4.1994, 8 C 29/92, NJW 1995, 542	191, 193
BVerwG 20.11.1997, 5 C 1/96, BVerwGE 105, 370	152
BVerwG 24.10.2001, 8 C 32/00, VIZ 2002, 352	191, 193
BVerwG 30.1.2003, 4 CN 14/01, NVwZ 2003, 742	190
BVerwG 9.3.2005, 8 B 103/04, ZOV 2005, 186	190, 191, 193

Oberlandesgerichte

OLG Düsseldorf 6.5.1993, 5 U 160/92, OLGZ 1994, 80	75, 76
OLG Düsseldorf 25.4.2000, Kart 2/00 (V), WuW 2000, 894 – <i>Tequila</i>	120

OLG Düsseldorf 22.1.2003, Kart 38/01 (V), juris	163
OLG Düsseldorf 29.10.2003, VI-Kart 9-11/03 OWi, juris	86
OLG Düsseldorf 3.5.2006, VI-W (Kart) 6/06, WuW 2006, 913.....	91, 158
OLG Düsseldorf 8.6.2007, VI-Kart 15/06 (V), WuW 2007, 777 – <i>Deutscher Lotto- und Totoblock</i>	137, 265
OLG Düsseldorf 14.5.2008, VI-U (Kart) 14/07, WuW 2008, 845.....	1, 73
OLG Düsseldorf 30.9.2009, VI-U (Kart) 17/08, juris – <i>Post-Konsolidierer</i>	177, 211, 212
KG Berlin 1.10.2009, 2 U 10/03, WuW 2010, 189 – <i>Berliner Transportbeton</i>	2, 171
OLG Karlsruhe 11.6.2010, 6 U 118/05, juris.....	1
OLG Düsseldorf 17.12.2012, V-1 (Kart) 7/12 (OWi), NZKart 2013, 166 – <i>Silostellgebühren II</i>	128, 129, 130, 131, 132
OLG München 21.2.2013, U 5006/11 Kart, juris – <i>Fernsehwerbezeiten</i>	198, 199, 201, 202
OLG Karlsruhe 31.7.2013, 6 U 51/12 (Kart), juris – <i>Feuerwehrfahrzeuge</i>	2, 147, 165, 177, 202, 203, 204, 211, 212
OLG Düsseldorf 29.1.2014, VI-U (Kart) 7/13, juris	169, 170, 204
OLG Düsseldorf 9.4.2014, VI-U (Kart) 10/12, juris	2, 169, 170
OLG Düsseldorf 9.10.2014, VI-Kart 5/14 (V) – <i>Pressemitteilung des Bundeskartellamtes</i>	259
OLG Düsseldorf 18.2.2015, VI-U (Kart) 3/14, NZKart 2015, 201 – <i>Schadensersatz aus Zementkartell (CDC)</i>	1, 73
OLG Frankfurt 17.11.2015, 11 U 73/11 (Kart), juris	177, 181, 211, 212
OLG Nürnberg 19.7.2016, 3 U 116/16, juris – <i>Gelenkleiterfahrzeuge</i>	171, 177, 201, 202, 212
OLG Karlsruhe 9.11.2016, 6 U 204/15 Kart, juris – <i>Grauzementkartell</i>	177, 204, 211, 212
OLG Jena 22.2.2017, 2 U 583/15 Kart, juris	177, 198, 199, 204, 211, 212
OLG Düsseldorf 5.4.2017, VI-Kart 13/15 (V), juris – <i>Preisvergleichsmaschinenverbot</i>	137, 259, 264, 265

Landgerichte

LG München I 23.8.2000, 21 O 16924/99, WuW/E DE-R 633 – <i>Transportbeton Deggendorf</i>	86
LG Berlin 23.5.2003, 102 O 129/02 Kart, juris	2
LG Mannheim 29.4.2005, 22 O 74/04 Kart, EWiR 2007, 659	1
LG Düsseldorf 21.2.2007, 34 O (Kart) 147/05, BB 2007, 847	1, 73
LG Dortmund 24.4.2012, 25 O 5/11, juris.....	2
LG Mannheim 4.5.2012, 7 O 436/11 Kart, WuW 2012, 616.....	2, 146, 165, 177, 211, 212
LG Köln 17.1.2013, 88 O 1/11, juris.....	177, 204, 212
LG Köln 17.1.2013, 88 O 5/11, juris.....	177, 204, 211, 212
LG Dortmund 29.4.2013, 13 O (Kart) 23/09, GRUR Int 2013, 842	2, 73, 176
LG Berlin 6.8.2013, 16 O 193/11 Kart, juris – <i>Fahrtreppen</i>	175, 177, 212
LG Düsseldorf 17.12.2013, 37 O 200/09 (Kart), NZKart 2014, 75	1, 73
LG Berlin 16.12.2014, 16 O 384/13 Kart, juris	203, 204
LG Saarbrücken 11.5.2015, 13 S 21/15, NJW 2015, 2823	255
LG Frankfurt 3.6.2015, 2-03 O 324-14, n.v.....	145

LG Düsseldorf 19.11.2015, 14d O 4/14, juris – <i>Autoglas-Kartell</i>	198
LG Berlin 14.6.2016, 16 O 348/15 Kart, juris	178
LG Düsseldorf 8.9.2016, 37 O 27/11 (Kart), juris – <i>Aufzugskartell</i>	175, 176
LG Dortmund 21.12.2016, 8 O 90/14 (Kart), juris.....	202, 204
LG Mannheim 24.1.2017, 2 O 195/15, juris	1, 73
LG Dortmund 28.6.2017, 8 O 25/16 (Kart), juris – <i>Schienenkartell</i>	202, 204
LG Dortmund 13.9.2017, 8 O 30/16 (Kart), juris	112
LG Hannover 18.12.2017, 18 O 8/17, juris	2, 178

Amtsgericht

AG Geldern 27.10.2010, 4 C 356/10, NJW 2011, 686.....	255
---	-----

Europäische Gerichte

Europäischer Gerichtshof

EuGH 6.4.1962, Rs. C-13/61, <i>Bosch</i> , EU:C:1962:11	43
EuGH 5.2.1963, Rs. C-26/62, <i>Van Gend & Loos</i> , EU:C:1963:1	42, 43, 72
EuGH 15.7.1964, Rs. C-6/64, <i>Costa / E.N.E.L.</i> , EU:C:1964:66	42
EuGH 30.6.1966, Rs. C-56/65, <i>Société Technique Minière / Maschinenbau Ulm</i> , EU:C:1966:38.....	155
EuGH 19.12.1968, Rs. C-13/68, <i>Salgoil</i> , EU:C:1968:54	44
EuGH 13.2.1969, Rs. C-14/68, <i>Walt Wilhelm</i> , EU:C:1969:4	42
EuGH 24.6.1969, Rs. C-29/68, <i>Milch-, Fett- und Eierkontor / Hauptzollamt Saarbrücken</i> , EU:C:1969:27	246
EuGH 15.7.1970, Rs. C-44/69, <i>Buchler</i> , EU:C:1970:72	20
EuGH 15.7.1970, Rs. C-41/69, <i>Chemiefarma</i> , EU:C:1970:71	20
EuGH 16.1.1974, Rs. C-166/73, <i>Rheinmühlen Düsseldorf</i> , EU:C:1974:3	246, 247, 248
EuGH 30.1.1974, Rs. C-127/73, <i>BRT und SABAM (BRT-I)</i> , EU:C:1974:6	43
EuGH 27.3.1974, Rs. C-127/73, <i>BRT und SABAM (BRT-II)</i> , EU:C:1974:25.....	52
EuGH 23.1.1975, Rs. C-51/74, <i>Van der Hulst</i> , EU:C:1975:9.....	245
EuGH 30.11.1976, Rs. C-21/76, <i>Mines de Potasse d'Alsace</i> , EU:C:1976:166.....	59
EuGH 16.12.1976, Rs. C-45/76, <i>Comet</i> , EU:C:1976:191	44, 45
EuGH 16.12.1976, Rs. C-33/76, <i>Rewe / Landwirtschaftskammer für das Saarland</i> , EU:C:1976:188	44, 45
EuGH 24.5.1977, Rs. C-107/76, <i>Hoffmann-La Roche</i> , EU:C:1977:89	248
EuGH 9.3.1978, Rs. C-106/77, <i>Simmmenthal</i> , EU:C:1978:49	42
EuGH 20.2.1979, Rs. C-120/78, <i>Rewe / Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (Cassis de Dijon)</i> , EU:C:1979:42	233
EuGH 18.10.1979, Rs. C-125/78, <i>GEMA/Kommission</i> , EU:C:1979:237	10
EuGH 17.1.1980, Rs. C-792/79, <i>Camera Care</i> , EU:C:1980:18	15, 140
EuGH 10.7.1980, Rs. C-37/79, <i>Marty</i> , EU:C:1980:190	43
EuGH 29.10.1980, Rs. C-138/79, <i>Roquette Frères</i> , EU:C:1980:249.....	218

EuGH 7.7.1981, Rs. C-158/80, <i>Rewe / Hauptzollamt Kiel</i> , EU:C:1981:163.....	48
EuGH 23.3.1982, Rs. C-102/81, <i>Nordsee / Reederei Mond</i> , EU:C:1982:107.....	112
EuGH 2.3.1983, Rs. C-7/82, <i>GVL</i> , EU:C:1983:52.....	13, 14, 135
EuGH 7.6.1983, verb. Rs. C-100 bis 103/80, <i>Musique Diffusion française</i> , EU:C:1983:158.....	21
EuGH 9.11.1983, Rs. C-199/82, <i>San Giorgio</i> , EU:C:1983:318.....	45, 47
EuGH 10.4.1984, Rs. C-79/83, <i>Harz</i> , EU:C:1984:155.....	48, 109
EuGH 10.4.1984, Rs. C-14/83, <i>von Colson und Kamann</i> , EU:C:1984:153.....	48, 109
EuGH 15.5.1986, Rs. C-222/84, <i>Johnston</i> , EU:C:1986:206.....	47, 224, 226
EuGH 24.9.1987, Rs. C-37/86, <i>Coenen</i> , EU:C:1987:386.....	245
EuGH 15.10.1987, Rs. C-222/86, <i>Heylens</i> , EU:C:1987:442.....	47, 224, 226
EuGH 27.9.1988, Rs. C-89/85, <i>Ahlström Osakeyhtiö (Zellstoff I)</i> , EU:C:1988:447.....	12
EuGH 11.4.1989, Rs. C-66/86, <i>Ahmed Saeed Flugreisen</i> , EU:C:1989:140.....	52
EuGH 13.7.1989, Rs. C-5/88, <i>Wachauf</i> , EU:C:1989:321.....	225
EuGH 21.9.1989, Rs. C-68/88, <i>Kommission / Griechenland</i> , EU:C:1989:339.....	49
EuGH 11.1.1990, Rs. C-220/88, <i>Dumez France</i> , EU:C:1990:8.....	59, 60
EuGH 22.5.1990, Rs. C-70/88, <i>Tschernobyl</i> , EU:C:1990:217.....	218
EuGH 19.6.1990, Rs. C-213/89, <i>Factortame I</i> , EU:C:1990:257.....	48
EuGH 8.11.1990, Rs. C-177/88, <i>Dekker</i> , EU:C:1990:383.....	48
EuGH 13.11.1990, Rs. C-106/89, <i>Marleasing</i> , EU:C:1990:395.....	109
EuGH 28.2.1991, Rs. C-234/89, <i>Delimitis / Henninger Bräu</i> , EU:C:1991:91.....	43, 71, 89, 234
EuGH 7.5.1991, Rs. C-340/89, <i>Vlassopoulou</i> , EU:C:1991:193.....	233
EuGH 18.6.1991, Rs. C-260/89, <i>ERT</i> , EU:C:1991:254.....	225
EuGH 27.6.1991, Rs. C-348/89, <i>Mecanarte-Metalurgica da Lagoa</i> , EU:C:1991:278.....	246
EuGH 19.11.1991, verb. Rs. C-6/90 und C-9/90, <i>Francovich</i> , EU:C:1991:428.....	50
EuGH 14.12.1991, Gutachten 1/91, EU:C:1991:490.....	42, 218
EuGH 2.8.1992, Rs. C-271/91, <i>Marshall</i> , EU:C:1993:335.....	48
EuGH 10.11.1993, Rs. C-60/92, <i>Otto/Postbank</i> , EU:C:1993:876.....	24
EuGH 15.12.1993, Rs. C-292/92, <i>Hünermund</i> , EU:C:1993:932.....	245, 246
EuGH 9.3.1994, Rs. C-188/92, <i>TWD</i> , EU:C:1994:90.....	229, 249
EuGH 14.7.1994, Rs. C-91/92, <i>Faccini Dori</i> , EU:C:1994:292.....	109
EuGH 6.12.1994, Rs. C-406/92, <i>Tatry / Maciej Rataj</i> , EU:C:1994:400.....	257
EuGH 7.3.1995, Rs. C-68/93, <i>Shevill</i> , EU:C:1995:61.....	59, 60, 63
EuGH 19.9.1995, Rs. C-364/93, <i>Marinari</i> , EU:C:1995:289.....	59
EuGH 14.12.1995, Rs. C-312/93, <i>Peterbroeck</i> , EU:C:1995:437.....	48
EuGH 14.12.1995, Rs. C-430/93, <i>van Schijndel</i> , EU:C:1995:441.....	208
EuGH 24.10.1996, Rs. C-91/95, <i>Tremblay u.a.</i> , EU:C:1996:407.....	10
EuGH 18.3.1997, Rs. C-282/95 P, <i>Guérin automobiles/Kommission</i> , EU:C:1997:159.....	43
EuGH 22.4.1997, Rs. C-180/95, <i>Draehmpaehl</i> , EU:C:1997:208.....	48

EuGH 10.7.1997, Rs. C-261/95, <i>Palmisani</i> , EU:C:1997:351	44
EuGH 17.7.1997, Rs. C-242/95, <i>GT-Link</i> , EU:C:1997:376	24
EuGH 16.10.1997, Rs. C-69 bis 79/96, <i>Garofalo</i> , EU:C:1997:492	110
EuGH 12.2.1998, Rs. C-366/96, <i>Cordelle</i> , EU:C:1998:57	245
EuGH 30.4.1998, verb. Rs. C-37/96 und C-38/96, <i>Sodiprem</i> , EU:C:1998:179	245, 246
EuGH 15.9.1998, verb. Rs. C-279/96, C-280/96 und C-281/96, <i>Ansaldo Energia u.a.</i> , EU:C:1998:403	46
EuGH 1.10.1998, Rs. C-279/95 P, <i>Langnese-Iglo</i> , EU:C:1997:536	19, 20
EuGH 27.10.1998, Rs. C-51/97, <i>Réunion européenne</i> , EU:C:1998:509	59
EuGH 1.12.1998, Rs. C-326/96, <i>Levez</i> , EU:C:1998:577	46
EuGH 9.2.1999, Rs. C-343/96, <i>Dilexport</i> , EU:C:1999:59	46, 47
EuGH 1.6.1999, Rs. C-126/97, <i>Eco Swiss</i> , EU:C:1999:269	112, 113, 208
EuGH 8.7.1999, Rs. C-49/92 P, <i>Anic Partecipazioni</i> , EU:C:1999:356	179
EuGH 8.7.1999, Rs. C-199/92 P, <i>Hüls / Kommission</i> , EU:C:1999:358	179
EuGH 28.3.2000, Rs. C-7/98, <i>Krombach</i> , EU:C:2000:164	240
EuGH 16.5.2000, Rs. C-78/98, <i>Preston</i> , EU:C:2000:247	46
EuGH 27.7.2000, verb. Rs. C-240/98 bis C-244/98, <i>Océano Grupo</i> , EU:C:2000:346	109
EuGH 14.9.2000, Rs. C-238/98, <i>Hocsman</i> , EU:C:2000:440	233
EuGH 30.11.2000, Rs. C-195/98, <i>Österreichischer Gewerkschaftsbund</i> , EU:C:2000:655	110
EuGH 14.12.2000, Rs. C-344/98, <i>Masterfoods</i> , EU:C:2000:689	2, 89, 158, 164, 166, 234, 243
EuGH 8.3.2001, verb. Rs. C-397/98 und C-410/98, <i>Metallgesellschaft u.a.</i> , EU:C:2001:134	48
EuGH 20.9.2001, Rs. C-453/99, <i>Courage und Crehan</i> , EU:C:2001:465	1, 14, 40, 43, 44, 45, 49, 53, 70, 72, 77, 80, 99, 136, 145, 267
EuGH 17.5.2002, Rs. C-406/01, <i>Deutschland / Parlament und Rat</i> , EU:C:2002:304	227
EuGH 25.7.2002, Rs. C-50/00 P, <i>Unión de Pequeños Agricultores</i> , EU:C:2002:462	47, 224, 226
EuGH 17.9.2002, Rs. C-253/00, <i>Muñoz und Superior Fruiticola</i> , EU:C:2002:497	47, 48
EuGH 21.11.2002, Rs. C-473/00, <i>Cofidis</i> , EU:C:2002:705	48
EuGH 12.12.2002, Rs. C-442/00, <i>Caballero</i> , EU:C:2002:752	225
EuGH 10.4.2003, Rs. C-276/01, <i>Steffensen</i> , EU:C:2003:228	258
EuGH 7.1.2004, Rs. C-204/00 P, <i>Aalborg Portland</i> , EU:C:2004:6	180
EuGH 13.1.2004, Rs. C-453/00, <i>Kühne & Heitz</i> , EU:C:2004:17	155, 229, 247
EuGH 10.6.2004, Rs. C-168/02, <i>Kronhofer</i> , EU:C:2004:364	60
EuGH 5.10.2004, verb. Rs. C-397/01 bis C-403/01, <i>Pfeiffer</i> , EU:C:2004:584	109
EuGH 27.1.2005, Rs. C-125/04, <i>Denuit und Cordenier</i> , EU:C:2005:69	112
EuGH 31.5.2005, Rs. C-53/03, <i>Syfait</i> , EU:C:2005:333	110
EuGH 27.6.2006, Rs. C-540/03, <i>Parlament / Rat</i> , EU:C:2006:429	225
EuGH 29.6.2006, Rs. C-289/04 P, <i>Showa Denko</i> , EU:C:2006:431	21
EuGH 4.7.2006, Rs. C-212/04, <i>Adeneler</i> , EU:C:2006:443	109
EuGH 13.7.2006, verb. Rs. C-295/04 bis C-298/04, <i>Manfredi</i> , EU:C:2006:461	14, 40, 43, 44, 45, 46, 48, 51, 70, 72, 73, 80, 99, 136, 145, 267

EuGH 13.3.2007, Rs. C-432/05, <i>Unibet</i> , EU:C:2007:163	47, 48, 224, 226
EuGH 26.6.2007, Rs. C-305/05, <i>Ordre des barreaux francophones</i> , EU:C:2007:383	47
EuGH 3.9.2008, verb. Rs. C-402/05 P und C-415/05 P, <i>Kadi und Al</i> <i>Barakaat International Foundation</i> , EU:C:2008:461	47, 224
EuGH 10.9.2009, Rs. C-97/08 P, <i>Akzo Nobel</i> , EU:C:2009:536	174
EuGH 29.10.2009, Rs. C-63/08, <i>Pontin</i> , EU:C:2009:666	46
EuGH 18.3.2010, Rs. C-317/08 bis C-320/08, <i>Alassini u.a.</i> , EU:C:2010:146	47, 224
EuGH 17.6.2010, Rs. C-413/08 P, <i>Lafarge</i> , EU:C:2010:346	21
EuGH 29.6.2010, Rs. C-441/07 P, <i>Alrosa</i> , EU:C:2010:377	16, 268
EuGH 8.7.2010, Rs. C-246/09, <i>Bulicke</i> , EU:C:2010:418	46
EuGH 7.12.2010, Rs. C-439/08, <i>VEBIC</i> , EU:C:2010:739	22, 52, 134
EuGH 22.12.2010, Rs. C-279/09, <i>DEB</i> , EU:C:2010:811	226
EuGH 22.12.2010, Rs. C-118/09, <i>Koller</i> , EU:C:2010:805	110
EuGH 3.5.2011, Rs. C-375/09, <i>Tele2 Polska</i> , EU:C:2011:270	18, 37, 128, 129, 148
EuGH 14.6.2011, Rs. C-360/09, <i>Pfleiderer</i> , EU:C:2011:389	14, 40, 52, 84, 86, 87, 145, 173, 267
EuGH 28.7.2011, Rs. C-69/10, <i>Diouf</i> , EU:C:2011:524	226
EuGH 8.9.2011, Rs. C-177/10, <i>Rosado Santana</i> , EU:C:2011:557	46
EuGH 25.10.2011, Rs. C-509/09 und C-161/10, <i>eDate Advertising</i> , EU:C:2011:685	60, 63
EuGH 24.11.2011, Rs. C-404/09, <i>Kommission / Spanien</i> , EU:C:2011:768	140
EuGH 8.12.2011, Rs. C-386/10 P, <i>Chalkor</i> , EU:C:2011:815	227
EuGH 24.1.2012, Rs. C-282/10, <i>Dominguez</i> , EU:C:2012:33	109
EuGH 14.2.2012, Rs. C-17/10, <i>Toshiba</i> , EU:C:2012:72	274
EuGH 5.9.2012, Rs. C-42/11, <i>Lopes Da Silva Jorge</i> , EU:C:2012:517	109
EuGH 25.10.2012, Rs. C-133/11, <i>Folien Fischer und Fofitec</i> , EU:C:2012:664	258
EuGH 6.11.2012, Rs. C-199/11, <i>Otis</i> , EU:C:2012:684	14, 40, 47, 58, 145, 198, 224, 226, 227, 228, 267
EuGH 13.12.2012, Rs. C-226/11, <i>Expedia</i> , EU:C:2012:795	101
EuGH 26.2.2013, Rs. C-617/10, <i>Åkerberg Fransson</i> , EU:C:2013:105	225
EuGH 28.2.2013, Rs. C-334/12 RX, <i>Arango Jaramillo u.a. / EIB</i> , EU:C:2013:134	227
EuGH 6.6.2013, Rs. C-536/11, <i>Donau Chemie</i> , EU:C:2013:366	14, 40, 43, 44, 45, 51, 52, 86, 87, 145, 267
EuGH 18.6.2013, Rs. C-681/11, <i>Schenker & Co.</i> , EU:C:2013:404	37, 135, 136, 148
EuGH 10.10.2013, Rs. C-306/12, <i>Spedition Welter</i> , EU:C:2013:650	109
EuGH 27.2.2014, Rs. C-365/12 P, <i>Kommission / EnBW</i> , EU:C:2014:112	86, 87
EuGH 5.6.2014, Rs. C-557/12, <i>Kone</i> , EU:C:2014:1317	14, 40, 43, 45, 52, 145, 267
EuGH 12.6.2014, Rs. C-377/13, <i>Ascendi Beiras Litoral e Alta, Auto</i> <i>Estradas das Beiras Litoral e Alta</i> , EU:C:2014:1754	110, 112
EuGH 21.5.2015, Rs. C-352/13, <i>CDC Hydrogen Peroxide</i> , EU:C:2015:335	2, 58, 59, 60, 61, 63, 73, 74, 112, 176, 257
EuGH 20.1.2016, Rs. C-428/14, <i>DHL Express (Italy) und DHL Global</i> <i>Forwarding (Italy)</i> , EU:C:2016:27	173

EuGH 21.1.2016, Rs. C-74/14, <i>Eturas</i> , EU:C:2016:42	179
EuGH 6.9.2017, Rs. C-413/14 P, <i>Intel</i> , EU:C:2017:632	12, 28
EuGH 27.2.2018, Rs. C-64/16, <i>Associação Sindical dos Juízes</i> <i>Portugueses</i> , EU:C:2018:117	218, 219
EuGH 6.3.2018, Rs. C-284/16, <i>Achmea</i> , EU:C:2018:158	112

Gericht der Europäischen Union

EuG 12.7.1991, Rs. T-23/90, <i>Peugeot</i> , EU:T:1991:45	139, 140, 141
EuG 24.1.1992, Rs. T-44/90, <i>La Cinq</i> , EU:T:1992:5	15, 139, 140, 141
EuG 18.9.1992, Rs. T-24/90, <i>Automec II</i> , EU:T:1992:97	10
EuG 8.6.1995, Rs. T-7/93, <i>Langnese-Iglo</i> , EU:T:1995:98	19
EuG 15.1.1997, Rs. T-77/95, <i>SFEI u.a.</i> , EU:T:1997:1	14
EuG 6.7.2000, Rs. T-62/98, <i>Volkswagen</i> , EU:T:2000:180	200
EuG 28.2.2002, Rs. T-395/94, <i>Atlantic Container Line</i> , EU:T:2002:49	50
EuG 22.12.2004, Rs. T-201/04 R, <i>Microsoft</i> , EU:T:2004:372	141
EuG 6.10.2005, verb. Rs. T-22/02 und T-23/02, <i>Sumitomo Chemical</i> , EU:T:2005:349	13, 14
EuG 30.5.2006, Rs. T-198/03, <i>Bank Austria Creditanstalt</i> , EU:T:2006:136	261
EuG 27.9.2006, Rs. T-59/02, <i>Archer Midland v. Commission</i> , EU:T:2006:272	88
EuG 16.6.2011, Rs. T-199/08, <i>Ziegler</i> , EU:T:2011:285	200
EuG 6.2.2014, Verb. Rs. T-23/10 und T-24/10, <i>Arkema France</i> , EU:T:2014:62	15
EuG 28.1.2015, Rs. T-345/12, <i>Akzo Nobel</i> , EU:T:2015:50	261
EuG 15.7.2015, Rs. T-393/10, <i>Westfälische Drahtindustrie</i> , EU:T:2015:515	180
EuG 15.9.2016, Rs. T-76/14, <i>Morningstar</i> , EU:T:2016:481	268

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EGMR 23.6.1981, Nr. 6878/75 und 7238/75, <i>Le Compte, Van Leuven</i> <i>and De Meyere ./. Belgien</i> , EuGRZ 1981, 551	222
EGMR 28.6.1990, Nr. 11761/85, <i>Obermeier ./. Österreich</i> , EuGRZ 1990, 209	222, 223, 228
EGMR 20.11.1995, Nr. 19589/92, <i>British-American Tobacco</i> <i>Company Ltd ./. Niederlande</i>	223, 228
EGMR 17.12.1996, Nr. 20641/92, <i>Terra Woningen ./. Niederlande</i> , ÖJZ 1998, 69	222
EGMR 18.2.1999, Nr. 24833/94, <i>Matthews ./. Vereinigtes Königreich</i> , EuZW 1999, 308	226
EGMR 20.7.2001, Nr. 30882/96, <i>Pellegrini ./. Italien</i>	239, 240
EGMR 13.2.2003, Nr. 49636/99, <i>Chevrol ./. Frankreich</i>	222
EGMR 30.6.2005, Nr. 45036/98, <i>Bosphorus ./. Irland</i> , NJW 2006, 197	226, 242
EGMR 28.7.2005, Nr. 43578/98, <i>I.D. ./. Bulgarien</i>	222, 223, 228
EGMR 6.12.2012, Nr. 12323/11, <i>Michaud ./. Frankreich</i> , NJW 2013, 3423	226, 242

Ständiger Internationaler Gerichtshof

StIGH 7.9.1927, <i>The Case of the S.S. "Lotus" (France v. Turkey)</i> , PCIJ series A no. 10	29
--	----

Frankreich

Cass. com. 18.4.2000, n° 99-13.627, Bull. civ. IV, n° 75 – <i>Numéricable</i>	139
Cass. com. 8.11.2005, n° 04-16.857 – <i>Neuf Télécom</i>	139
Tribunal de commerce de Paris 30.3.2015, n° 2012000109 – <i>DKT v. Eco-Emballages et Valorplast</i>	145

Italien

Tribunale Amministrativo Regionale Lazio, sezione I, 3.3.2006, n. 341 – <i>Merck</i>	128
---	-----

Niederlande

Rechtbank Midden-Nederland 27.11.2013, C-16-338073 – HA ZA 13-117, ECLI:NL:RBMNE:2013:5978	61
Gerechtshof Amsterdam 21.7.2015, 200.156.295/01, ECLI:NL:GHAMS:2015:3006	61
Rechtbank Amsterdam 22.7.2015, C-13-571990 – HA ZA 14-875, ECLI:NL:RBAMS:2015:4408	257

Österreich

ÖsterVerfGH 12.10.1990, G 73/89, JBI 1991, 104	215
OGH 17.12.1976, 2 Ob 202/76, SZ 49/158	215
OGH 17.10.1995, 1 Ob 612/95, JBI 1996, 117	215
OGH 19.5.1998, 1 Ob 73/98m, JBI 1998, 665	216
OGH 14.2.2012, 5 Ob 39/11p, WuW 2012, 1251	61
Kartellgericht (OLG Wien) 31.8.2007, 25 Kt 108/06 – <i>Radiusklausel</i>	265
Kartellobergericht (OGH) 8.10.2008, 16 Ok 8/08 – <i>Aufzugkartell</i>	265

Vereinigtes Königreich

<i>Albion Water Ltd v Dwr Cymru Cyfyngedig</i> , [2013] CAT 6	210
<i>Cooper Tire & Rubber Company and others v Shell Chemicals UK Ltd and others</i> , [2009] EWHC 2609 (Comm)	59, 61
<i>Enron Coal Services Ltd (in liquidation) v English Welsh & Scottish Railway Ltd</i> , [2011] EWCA Civ 2	198

<i>National Grid Electricity Transmission Plc v ABB & Others</i> , [2012] EWHC 1717 (Ch)	86
<i>Provimi Ltd v Roche Products and other actions</i> , [2003] EWHC 961 (Comm)	58, 59, 61

Vereinigte Staaten von Amerika

<i>Associated Industries of New York State, Inc. v. Ickes</i> , 134 F.2d 694 (2d Cir. 1943)	40
<i>Minnesota Mining & Manufacturing Company v. New Jersey Wood Finishing Company</i> , 381 U.S. 311 (1965)	68

Sachverzeichnis

- Abstellungsentscheidungen *siehe unter*
Entscheidungstypen
- acquis communautaire* 80, 231–237, 242
- Adressaten 110–114, 157, 227
- amtswegige Berücksichtigung 206–208,
210
- analoge Anwendung der Regelung über
die Bindungswirkung 167–168, 237
- Anerkennung ausländischer Entscheidun-
gen 153, 230–243, 272–274
- Anerkennungspflichten 231–237, 272
 - primärrechtliche 232–234, 237, 272
 - sekundärrechtliche 234–237, 272
 - Anerkennungsvorbehalt 153–154, 237–
243, 272–273
- Anscheinsbeweis
- Anscheinsbeweiswirkung ausländischer
Entscheidungen *siehe prima facie*-
Beweiswirkung
 - für die (Kartell-)Betroffenheit 203
 - für die (Kartell-)Teilnahme 171
- anwendbares Recht 64–67, 210–216,
254–256, *siehe auch* Qualifikation
- Anwendungsbereich der Bindungswirkung
- in persönlicher Hinsicht 147, 168–176,
229–230
 - in räumlicher Hinsicht 180–183, 201,
269–270
 - in sachlicher Hinsicht 114–168
 - in zeitlicher Hinsicht 150, 176–180
- Äquivalenzgrundsatz 24, 41–42, 44–46,
72, 98, 99, 146
- Arbeitsteilung
- im Europäischen Wettbewerbsnetz *siehe*
Europäisches Wettbewerbsnetz, Fallallo-
kation
 - zwischen privater und behördlicher
Kartellrechtsdurchsetzung 105–106
- Auswirkungsprinzip 12, 26–29, 31, 32,
35, 62, 63–64, 65, 181, 182, 183
- Bekanntmachungspflichten 260–261,
262, *siehe auch* Veröffentlichung von
Entscheidungen
- Berliner Transportbeton*-Entscheidung 2,
170–171
- Bestandskraft 88, 111, 154–159, 160,
176–177, 178, 193, 229, 238, 247–248,
249, 250
- Betroffenheit 200, 202–203, 206
- Beweislast 78, 92–93, 94, 97–100, 102–
103, 104, 178, 213, 252, 253, 255
- BRT und SABAM (BRT I)*-Entschei-
dung 43
- Bußgeldentscheidungen *siehe unter*
Entscheidungstypen
- Camera Care*-Entscheidung 15, 140
- Cassis de Dijon*-Entscheidung 233
- CDC*-Entscheidung 2, 58, 59, 60–62, 63,
73, 74, 112, 176, 257
- Chicago School of Antitrust* 100
- Courage*-Entscheidung 1, 14, 40, 43, 44,
45, 49–50, 51, 53, 70, 72, 74, 77, 96,
99, 136, 145, 267
- Darlegungslast 92–97, 102–103, 104, 178
- defensive Geltendmachung des Kartell-
rechts 51–52, 68–69, 96, 111, 165, 166,
167
- Delimitis*-Entscheidung 71, 89, 234
- Dezentralisierung der europäischen Kar-
tellrechtsanwendung 9, 18, 37, 70–71,
74, 270
- Donau Chemie*-Entscheidung 51, 86–87
- Dreher, Meinrad* 262

Drexl, Josef 266

Durchführungsprinzip 12, 27

ECN, European Competition Network

siehe Europäisches Wettbewerbsnetz
effektiver gerichtlicher Rechtsschutz 47,
147, 156, 169–170, 216, 218, 223–230,
238–243, 269

Effektivitätsgrundsatz 24, 34, 38, 41–42,
44–45, 46, 47–51, 72, 98, 134, 146,
267–268, 270

Einseitigkeit des Internationalen Verwaltungsrechts 56

Einstellungsentscheidungen *siehe unter*
Entscheidungstypen

einstweilige Maßnahmen *siehe unter*
Entscheidungstypen

Entscheidungstypen

– Abstellungsentscheidungen 12–13, 15,
19, 36, 134–135, 147, 150, 162, 178–
180, 191, 195–196, 268

– Bußgeldentscheidungen 20–21, 23, 38,
118, 120, 128, 145–147, 161, 171–176,
178, 182, 201, 202, 204–205, 260, 262

– Einstellungsentscheidungen 18, 37, 128–
129, 131, 148

– einstweilige Maßnahmen 15, 36, 127,
128, 133, 138–141

– Entzug des Rechtsvorteils einer Gruppenfreistellungsverordnung 11, 19, 37,
131, 149–150

– Feststellungsentscheidungen 13–15,
133–137, 173, 263–265

– Verpflichtungszusagen 15–16, 19, 37,
133, 141–145, 263, 266–269

Entscheidungs- und Sanktionszuständigkeit, Reichweite *siehe unter* Europäisches Wettbewerbsnetz

Entzug des Rechtsvorteils einer Gruppenfreistellungsverordnung *siehe unter* Entscheidungstypen

Erfolgsort bei Kartelldelikten 59–61, 62,
63, 65, 74

Ermächtigungsgrundlage 37–38, 127–
133, 149

Europäisches Wettbewerbsnetz 9, 11, 26,
29–32, 35, 115–116, 173, 181, 235,
238–239, 262–263, 269–274

- Entscheidungs- und Sanktionszuständigkeit, territoriale Reichweite 32, 33–36,
63, 181–183, 236–237, 269–272, 273
- Fallallokation 9, 26, 29–32
- Vollzugsmodelle 22–23, 114, 116–118,
134, 265

Feststellungsentscheidungen *siehe unter*
Entscheidungstypen

Feststellungsinteresse 13–15, 136, 137,
264–265

Feststellungswirkung 185–187, 192–194,
196, 197, 198–199, 200–231, 237, 242,
243, 246–248, 250, 254, 256, 257, 258

– Folgen für den Zivilprozess 206–210

– im Sinne der Verwaltungsrechtslehre
193–194

– im Sinne der Zivilprozesslehre 192

– Qualifikation 67, 210–216

– rechtsstaatliche Bedenken 216–230

Folgeklagen *siehe follow on-Klagen*

follow on-Klagen 1, 53–56, 61, 63, 69, 85,
104–106, 120, 136, 144, 173, 201, 208,
210, 228, 244, 245, 246, 248, 259, 263

forum shopping 57, 62, 64, 74, 256–258

Francovich-Entscheidung 50

gegenseitige Anerkennung

– Prinzip der gegenseitigen Anerkennung 233

– von Entscheidungen im Europäischen Wettbewerbsnetz 33, 230–243, 269,
272–274

Gewaltenteilung, Grundsatz der 216–223,
228

Gleichlaufprinzip 11, 27, 126

Handlungsort bei Kartelldelikten 59–60

Harmonisierung

– der nationalen Kartellverfahrens- und Sanktionsrechte 24–25, 38, 133, 145–
146, 242, 271–272, 274

– der nationalen Kronzeugenprogramme
173, 271–272

Initiativklagen *siehe stand alone-Klagen*

Intel-Entscheidung 12

Internationale Zuständigkeit

– der Europäischen Kommission 11–12

- der nationalen Wettbewerbsbehörden 25–29, 35, 181, 273
- der Zivilgerichte 56–64, 74, 182, 256
- Intertemporaler Anwendungsbereich der Bindungswirkung 176–178, 211
- Kartellbetroffenheit *siehe* Betroffenheit
- Kartellschadensersatzrichtlinie 1, 2, 39, 51, 62, 76, 77–82, 87, 107–109, 111, 124, 126, 155, 163, 167, 174, 194–197, 212–213, 230–231, 238, 242–243, 250–253, 256, 258
- Kausalität 60, 199, 203, 205, 210
- Kokott, Juliane* 136
- Konzernmutterhaftung 169, 173–176
- Krombach*-Entscheidung 240
- Kronzeugen
 - Bindung von 168, 171–173
 - Einsichtnahme in Kronzeugenerklärungen 81–82, 85, 86–87
 - Harmonisierung der nationalen Kronzeugenprogramme 173, 271–272
 - Kronzeugenprogramme als Instrument zur Aufdeckung von Kartellen 92
- Kühne & Heitz*-Entscheidung 155, 229, 247
- Lottoblock II*-Entscheidung 147, 150, 162, 178, 179–180, 195–196, 197, 202
- loyale Zusammenarbeit, Grundsatz der 35, 109, 158, 232–233, 234, 235, 236, 247
- Manfredi*-Entscheidung 14, 40, 46, 47–48, 50–51, 70, 72, 74, 99, 136, 145, 267
- Marktabgrenzung 180–181, 199, 200–202, 203, 206, 228
- Masterfoods*-Entscheidung 2, 89, 158, 164, 166, 234, 243
- more economic approach* 100–103, 105, 267
- Mosaikprinzip 60, 63, 65–66
- negative Feststellungsklagen 257
- offensive Geltendmachung des Kartellrechts 51–53, 69, 111, 165
- öffentliche Kartellrechtsdurchsetzung *siehe* *public enforcement*
- Ökonomisierung des europäischen Kartellrechts *siehe* *more economic approach*
- ordre public*-Vorbehalt 153–154, 237–243, 272–273 *siehe* auch Anerkennung ausländischer Entscheidungen
- Otis*-Entscheidung 58, 198, 227, 228
- passing on defence* 75, 80–81, 92
- Pellegrini*-Entscheidung 239–240
- Pfleiderer*-Entscheidung 84, 86–87
- prima facie*-Beweiswirkung 81, 107–108, 122–123, 126, 250–258
- private attorney general* 40
- private enforcement* 1, 38–40, 41, 49, 51, 54–56, 61, 62, 66, 67–69, 70–71, 72, 73, 74–93, 105–106, 165–166, 171, 199, 267
- private Kartellrechtsdurchsetzung *siehe* *private enforcement*
- public enforcement* 1, 8–11, 21–25, 38, 41, 54–55, 67–69, 70–71, 80–88, 105–106, 119, 171, 199, 259, 267
- Qualifikation 67, 210–216, 254–256
 - der Feststellungswirkung 67, 210–216
 - der *prima facie*-Beweiswirkung 67, 254–256
- rechtliches Gehör 147, 169–170, 216, 223–224, 227, 229–230, 258, *siehe* auch effektiver gerichtlicher Rechtsschutz
- Rechtskraft 88, 119, 156–157, 159, 163–164, 176–177, 178, 188, 192, 207, 208, 220, 247–248, 250
- Rechtsmittelgerichte 41, 111, 118–121, 159–164
- Rechtsschutz *siehe* effektiver gerichtlicher Rechtsschutz
- Rückwirkungen auf die behördliche Durchsetzungsspur 54, 81, 85, 86, 145, 259–269
- Sachverhaltsidentität 114, 164–165, 168
- Schadensabwälzung, Einwand der *siehe* *passing on defence*
- Schenker*-Entscheidung 37, 135–136, 148
- Schiedsgerichte, Bindung von 111–114
- Settlements *siehe* Vergleichsvereinbarungen

- stand alone*-Klagen 53–56, 105
 strafrechtliche Urteile, Bindung des Zivilrichters an 209, 215–216
- Tatbestandswirkung 185–192, 193, 194, 221, 223, 273
 – im engeren Sinn 188–189, 194
 – im weiteren Sinn 189–192, 193, 194–197, 221
- Tele2 Polska*-Entscheidung 18, 37, 128–129, 148
- TWD*-Entscheidung 229, 249–250
- Unabhängigkeit
 – der Durchsetzungsspuren 82–85, 88
 – richterliche 190, 216–223, 228
 unmittelbare Wirkung der europäischen Wettbewerbsregeln 41, 42–43, 44, 49
- van Gend & Loos*-Entscheidung 42–43, 72
- Verfahrensaussetzung 71, 157–159, 164
- Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten 24, 36, 41–42, 44–45, 46, 119, 146, 228
- Vergleichsvereinbarungen 81, 85, 87, 147
- Verjährung 80, 88, 159, 188
- Veröffentlichung von Entscheidungen 259–263, *siehe auch* Bekanntmachungspflichten
- Verpflichtungszusagen *siehe unter* Entscheidungstypen
- Verschulden 20, 175, 176, 200, 204–205, 206
- Vollzugsmodelle *siehe* Europäisches Wettbewerbsnetz, Vollzugsmodelle
- Vorabentscheidungsverfahren 110, 210, 243–250
- Wechselwirkungen zwischen privater und behördlicher Kartellrechtsdurchsetzung 82, 85–88
- Wirksamkeit kartellbehördlicher Entscheidungen 151–154, 162, 224
- Zellstoff*-Rechtsprechung 12
- Zuständigkeit *siehe* internationale Zuständigkeit
- Zweispurigkeit der Kartellrechtsdurchsetzung 7–8, 67–89

